

Bienensterben muss durch Pestizidverbot und bessere Agrarpolitik gestoppt werden

BUND Naturschutz fordert Bienenaktionsplan. Bundestagswahl entscheidend für neue Weichenstellung im Artenschutz und in der Landwirtschaft

Bienen und andere Insekten zeigen einen dramatischen Rückgang vor allem in der Agrarlandschaft. BUND und Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN) fordern daher einen nationalen „Bienenaktionsplan“ von der Bundesregierung, zentrale Forderungen sind ein Verbot bienenschädlicher Pestizide und eine Umsteuerung der EU-Agrarzahlungen. BUND und BN haben auch die Wahlprogramme der Parteien daraufhin analysiert.

„Es gibt genügend Beweise für die Schädlichkeit von Neonikotinoiden für Bienen,“ so Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND und des BUND Naturschutz in Bayern (BN). Neonikotinoide sind eine Gruppe von Insektiziden, die für Bestäuber besonders gefährlich sind. **„Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie mit einem nationalen Neonikotinoide-Verbot vorangeht und sich auf EU-Ebene für ein unbefristetes Verbot aller Neonikotinoide einsetzt. Auch Glyphosat darf nicht weiter zugelassen werden.“**

Darüber hinaus brauchen Bienen und Co eine ganz grundlegende Änderung der EU-Agrarzahlungen: **„Öffentliche Gelder dürfen nur noch für eine Landwirtschaft gezahlt werden, die öffentliche Güter sichert und konkrete öffentliche Leistungen in Bereichen wie Umwelt-, Klima- und Tierschutz erbringt. Davon würden nicht nur die Bienen und andere Insekten profitieren,“** so Weiger. Die neue Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die Reform der EU-Agrarpolitik die Probleme löst, die durch falsch gestellte Weichen verschuldet wurden.

Bienensterben und Agrarpolitik müssen aus Sicht des BN viel stärker als bisher zum politischen Thema werden. Eine **Analyse der Wahlprogramme der Parteien für den Bereich Landwirtschaft** (siehe Anlage 2) ergibt insbesondere bei CDU/ CSU und FDP große Defizite: **„Gerade die CSU setzt in der Agrarpolitik offenbar auf ein „Weiter so“ und eine Politik für die Agrar- und Pestizidlobby,“** bilanziert Weiger. **„Zu Pestiziden und dem Artensterben in der Agrarlandschaft findet sich kein Wort. Darüber können auch allgemeine Bekenntnisse zu einer nachhaltigen und umweltverträglichen Landwirtschaft nicht hinwegtäuschen.“** SPD, GRÜNE und Die LINKE dagegen bekennen sich zu einer nötigen Änderung der Agrarzahlungen und einer Orientierung an öffentlichen Leistungen. Pestizide verbieten wollen GRÜNE und LINKE, die SPD will ihren Einsatz nur auf das „unbedingt notwendige Maß“ beschränken.

Fachabteilung für Südbayern

Pettenkoferstr. 10a
80336 München

Tel. 089/548298-63

Fax 089/548298-18

fa@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München,

25.08.2017

PM 24/17/FA

Artenschutz/ Landwirtschaft



Auch die **Bilanz der Aktivitäten der aktuellen Bundesregierung** und des aus Bayern stammenden Agrarministers (CSU) zum Bienenschutz fällt düster aus: „Agrarminister Christian Schmidt hat viel zu wenig getan, um die Missstände in der Landwirtschaft zu beheben. Schwarz-Rot hat es versäumt, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, um Pestizide zu reduzieren und die Artenvielfalt zu schützen. Zwar organisierte Schmidt mehrere Bienenkonferenzen und gründete ein neues Bieneninstitut, aber konkrete Schritte zum Schutz der Bienen? Fehlanzeige.“

Einzig Umweltministerin Barbara Hendricks erzielte einige ökologische Erfolge, so enthielt sich die Bundesregierung etwa ihrer Stimme, als in Brüssel über die Wiederezulassung des wahrscheinlich krebserregenden Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat entschieden wurde. Und Hendricks habe sich nicht gescheut, die nötigen Änderungen in der Agrarpolitik zu fordern und durch Fachgutachten die Defizite zu belegen. Zuletzt im BfN-Agrar-Report 2017 (Juni 2017), der angesichts des dramatischen Rückgangs der Arten- und Biotopvielfalt gerade in der Agrarlandschaft der bisherigen Landwirtschaftspolitik ein desaströses Zeugnis ausstellt und eine naturverträgliche Landwirtschaft sowie „eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen und nationalen Agrarpolitik“ fordert. „Eine solche Neuausrichtung ist nicht nur aus Naturschutzsicht erforderlich, sondern auch gesellschaftlich legitimiert.“

„**Agrarpolitik wird nicht für die Landwirte gemacht, sondern für diejenigen, die an den Landwirten verdienen,**“ kritisiert Walter Haefeker, **Vorstandsmitglied des Deutschen Berufs- und Erwerbsimkerbundes (DBIB e.V.) und Präsident des europäischen Berufsimkerverbandes.** „Wenn wir als Gesellschaft die Lobbyisten weiter gewähren lassen, dann sind nicht nur viele Insektenarten sondern auch die bäuerlichen Familienbetriebe selbst eine bedrohte Art. Die von der Agrarlobby organisierte Landwirtschaftspolitik ist daher nicht nur bienengefährdend, sondern vernichtet jedes Jahr viele bäuerliche Existenzen.“

An die Kommunen und jeden einzelnen appelliert Weiger: „Kommunen können jederzeit beschließen, auf ihren kommunalen Flächen bienenfreundlich und pestizidfrei zu wirtschaften. Auch jede einzelne Person kann in ihrem Garten beherzigen und beim Lebensmittel-Einkauf durch die Wahl von Bioprodukten viel für Bienen tun.“ Bisher haben in ganz Deutschland erst mehr als 50 Städte und Gemeinden solche Beschlüsse. „Das ist viel zu wenig, es muss eine flächendeckende Bewegung werden, wie vor vielen Jahren die gentechnikfreien Kommunen.“ In Bayern hat z.B. der Kreistag Miesbach im Juli einstimmig beschlossen, dass auf landkreiseigenen Flächen auf den Einsatz von glyphosathaltigen Spritzmitteln verzichtet wird und man darauf hinwirken will, dass auch Gemeinden, Privatpersonen und Firmen wie etwa auf andere Unkrautbekämpfungsmethoden umschwenken und Landwirte

Fachabteilung für Südbayern

Pettenkoferstr. 10a
80336 München

Tel. 089/548298-63

Fax 089/548298-18

fa@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München,

25.08.2017

PM 24/17/FA

Artenschutz/ Landwirtschaft



den Einsatz weiter reduzieren. Auch in Städten wie Dachau, Bernau am Chiemsee oder Kirchheim (M) ist der Einsatz des Unkrautvernichters Glyphosat auf städtischen Flächen verboten. Verpachtet wird nur noch an Bauern, die sich vertraglich verpflichten, auf Glyphosat zu verzichten.

Den Bienenaktionsplan kann jede*r unterstützen: Schon mehr als 36.000 Menschen haben einen **Appell für einen Bienenaktionsplan** und die BUND-Vorschläge für Maßnahmen an die Parteivorsitzenden verschickt. Der BUND erwartet noch deutlich mehr. *„Bienen haben keine Stimme, aber jeder von uns kann seine Stimme für sie erheben.“* so Dr. Christine Margraf, Artenschutzreferentin des BN für Südbayern. *„Angesichts der immensen Bedeutung der Bienen und anderen Insekten für unser Wirtschaften sollte das auch jede*r tun und eine naturverträgliche Landwirtschaft zentral in den Fokus aller Kandidaten für Entscheidungsträger und das politische Handeln rücken.“*

Hintergrund:

Vor allem in intensiv landwirtschaftlich genutzten Gegenden beklagen Imker starke Verluste von Honigbienen-Völkern und eine Schwächung der Bienen. Empfindlicher noch als Honigbienen sind die Wildbienen. Auch andere Insektenarten gehen in Arten- und Individuenzahlen teilweise dramatisch zurück. Von den 561 in Deutschland beheimateten Wildbienenarten sind laut „Roter Liste“ 293 Arten (= 52,6%) ausgestorben oder unterschiedlich stark gefährdet (davon 31 vom Aussterben bedroht), 42 weitere Arten stehen auf der Vorwarnliste. In Bayern kommen 506 Wildbienenarten vor, davon sind laut „Roter Liste“ 271 Arten (= 54%) ausgestorben oder unterschiedlich stark gefährdet (davon 79 vom Aussterben bedroht), 37 weitere Arten stehen auf der Vorwarnliste.

Die Gründe für das Sterben von Wildbienen und Bienenvölkern liegen hauptsächlich in der industriellen Landwirtschaft. Diese ist von Überdüngung, dem Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide sowie dem Verlust von vielfältigen Strukturen wie Hecken, Feldrainen und Blühflächen gekennzeichnet.

Hintergrundinfos unter:

<https://www.bund-naturschutz.de/aktionen/bienen-retten.html>

<https://www.bund-naturschutz.de/landwirtschaft.html>

<http://www.bund-rvso.de/schmetterlingssterben.html> (incl. Studien zum Insektensterben)

Für Rückfragen:

Dr. Christine Margraf
BN Artenschutzreferentin für Südbayern
089/548298-89
Christine.margraf@bund-naturschutz.de

Marion Ruppner
BN Landwirtschaftsreferentin
0911/8187820
marion.ruppner@bund-naturschutz.de

Fachabteilung für Südbayern

Pettenkoferstr. 10a
80336 München

Tel. 089/548298-63

Fax 089/548298-18

fa@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München,

25.08.2017

PM 24/17/FA

Artenschutz/ Landwirtschaft



Folgende Maßnahmen sind zentrale Maßnahmen des Bienenaktionsplanes (siehe Anlage 1):

Es müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um das Bienensterben aufzuhalten:

- das sofortige Verbot von bienengefährdenden Pestiziden wie Glyphosat und aller Neonikotinoide
- die Reform des Zulassungsverfahrens für Pestizide
Bislang sind es nämlich die Hersteller der Pestizide, die Studien zu den Umwelt- und Gesundheitsfolgen ihrer Pestizide erstellen und geheim halten dürfen. Der BUND fordert, dass diese Studien künftig öffentlich zugänglich und von unabhängigen Wissenschaftler*innen verfasst werden, finanziert von einem Fonds, der nicht von der Industrie verwaltet wird. Gespeist werden soll dieser Fonds aus den Gebühren der antragstellenden Firmen.
- der Schutz von vorhandenen Lebensräumen für Bienen und Wildbienen,
- das Wiederherstellen und die Schaffung neuer Lebensräume als Biotopverbund
- die Umgestaltung der konventionellen zu einer bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft mit bienenfreundlichen, vielfältigen Fruchtfolgen, Mischkulturen und dem Einsatz von Nützlingen. Hierzu gehört auch eine Änderung der Ausrichtung der EU-Agrarzahlungen (öffentliches Geld nur für öffentliche Güter und Leistungen)
- das Fördern der Forschung zum Pestizideinsatz,
- mehr Bienenexpert*innen auf allen Ebenen
- sowie die Einführung von Langzeit-Monitorings von Bienen und anderen Insekten.

Fachabteilung für Südbayern

Pettenkofenstr. 10a
80336 München

Tel. 089/548298-63

Fax 089/548298-18

fa@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München,

25.08.2017

PM 24/17/FA

Artenschutz/ Landwirtschaft

